

Für ein Europa der starken Gewerkschaften – Soziale Rechte, Demokratie und Mitbestimmung stärken!

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

Europa ist als Idee in der Weltgeschichte einzigartig. Durch die Kriege des 20. Jahrhunderts entstand die Vision, durch engere Kooperation und dem Zusammenwachsen verschiedenster Kulturen und Gesellschaften den Frieden in Europa zu ermöglichen. Europa ist aber auch immer das Europa der Wirtschaft, der Konkurrenz und der ökonomischen Zwänge.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es den Gedanken des sozialen Miteinanders zu stärken und der Liberalisierung und Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte auf dem Rücken der Beschäftigten gegenzusteuern. Die Schaffung eines Zustandes ohne Krieg und Grenzen kann nicht das Ende gewesen sein. Die Bekämpfung von Armut und Wohlstand für alle Bürger_innen, egal in welchem Mitgliedsstaat, müssen nun Ziele werden. Ein Europa, wie wir es wollen, kann nur ein soziales Europa sein. Ein Europa mit grenzübergreifendem Schutz von Arbeitnehmer_innen, mit sozialen Rechten die nicht vor Landesgrenzen halt machen und mit Standards in der Arbeitswelt, die von Irland bis nach Rumänien gelten. Als soziale Akteur_in steht der Mensch für uns immer an erster Stelle.

Daher möchten wir folgende Eckpunkte für die Arbeit der ver.di Jugend festhalten:

- Mitbestimmung für und in Europa!
- Demokratie festigen und Ausbauen!
- Rechte von Arbeitnehmer_innen ausbauen! Jugendgarantie – Arbeitslosigkeit bekämpfen – Europäische Rente ausbauen!
- Freizügigkeit als Chance und nicht als Preisdrückerei
- Europaweite Anerkennung von Qualifikationen!
- Europa als Handlungsebene anerkennen! Gewerkschaftsarbeit hört nicht an der Landesgrenze auf!
- Die Rechte des Parlaments stärken

Mitbestimmung für und in Europa!

Mitbestimmungsregelungen sind zwar in den meisten Staaten vorhanden, doch oftmals nur in rudimentärer Form. Der Einfluss durch die Arbeitnehmerschaft innerhalb des Betriebes muss ausgebaut werden. Wir haben in Deutschland eine relativ starkes Betriebsverfassungsgesetz sowie Personalvertretungsgesetze im Vergleich zu unseren europäischen Nachbar_innen. Hierfür sind Menschen seit über 150 Jahren eingetreten, um die Arbeitnehmerrechte zu wahren und durch eine Demokratisierung der Betriebe die eigene Mitsprache zu stärken. Gleichzeitig haben wir in Deutschland eins der restriktivsten Streikrechte und erleben dadurch eine starke Einschränkung von unserem stärkstem Arbeitskämpfungsmittel – dem Streik.

Derzeit bedeutet Europäischer Betriebsrat, lediglich ein Informationsrecht zu haben. Die Arbeiterschaft sollte jedoch nicht nur in den nationalen Gremien eine Mitbestimmung innehaben. Europa wächst zusammen, mit den Problemen aber auch mit den Erfolgen. Es gibt keinen Grund die internationale Ebene der Mitbestimmung nicht auszubauen. Den es gilt auch, die Werte werden durch die Arbeiter geschaffen und diese brauchen Rechte.

Deshalb fordern wir:

- EBR-Richtlinie verbessern - nicht nur Austausch und Information sondern auch EU-weite Entscheidungen im Betrieb

- ver.di sollte Solidarische Unterstützung anbieten, um beim Aufbau in allen EU-Ländern Betriebsräte und Personalräte zu installieren
- Um die Mitbestimmungsmöglichkeiten auch für junge Menschen auszubauen fordern wir, dass in den Unternehmen, in denen ein EBR existiert, zugleich ein Jugendgremium geschaffen werden muss. Dieses soll die Interessen der jungen Beschäftigten bis 27 Jahren vertreten und mit Rechten analog zum EBR ausgestattet werden.
- ver.di muss sich entschiedener dafür einsetzen, dass das Streikrecht in den europäischen Ländern angepasst wird und politische und Generalstreiks legal möglich sind.
- Die deutschen Gewerkschaften müssen verstärkt eine solidarische Praxis fördern und die durch neoliberale Sparmaßnahmen betroffenen Länder mit Druck auf die deutsche Regierung unterstützen.

60 **Demokratie festigen und Ausbauen! Europäisches Parlament stärken!**

Die Menschen in Europa können derzeit nur indirekt mitbestimmen was in der EU passieren soll. Zum einen können sie dies über die nationalen Wahlen in den jeweiligen Ländern, zum anderen über die alle fünf Jahre stattfindende Wahl zum Europaparlament.

65 Allerdings hat dies zur Folge, dass im momentanen Konstrukt mit Kommission, dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat), dem Europäischen Rat und dem Europaparlament ein Demokratiedefizit vorhanden ist. Auf Europäischer Ebene haben vor allem der Ministerrat und die Kommission die Möglichkeit zu gestalten, während das Parlament in seinen Rechten sehr beschränkt ist. Die Macht des Ministerrats stellt einen Bruch

70 mit dem Prinzip der Gewaltenteilung dar, da Teile der nationalen Exekutiven auf europäischer Ebene legislative Macht besitzen.

Daher fordern wir einen Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments, da dieses zum einen direkt von den Menschen in Europa gewählt wird, zum anderen weil es eine europäische Position vertreten kann. Dies

75 ist den beiden von den nationalen Regierungen gestellten Gremien, dem Ministerrat und dem Europäischen Rat nicht möglich, da sie direkt mit den nationalen Regierungen verbunden sind.

Das Europäische Parlament soll Vorhaben der Kommission verhindern können und gleichzeitig auch dazu in der Lage sein eigene Vorhaben zu starten. Die legislative Kraft in Europa muss allein durch das Parlament

80 verkörpert werden.

Wir fordern, dass direktdemokratische Elemente in der EU weiter ausgebaut werden. Mit der Einführung eines Petitionensystems wurde hier bereits ein erster Schritt gegangen. Eine direkte Mitbestimmung geht aber nur mit bindenden Volksentscheiden auf europäischer Ebene.

85 Dabei muss jede_r EU-Bürger_in über das volle Informationsrecht bezüglich Gesetzesinitiativen und der Verhandlung von bi- oder multilateralen Abkommen verfügen.

90 **Rechte von Arbeitnehmer_innen ausbauen! Jugendgarantie – Arbeitslosigkeit bekämpfen – Europäische Rente ausbauen!**

Die Menschen in Europa sind heute mobiler denn je zuvor. Durch die Grundfreiheit der Freizügigkeit der Arbeit ist es ihnen möglich zu jeder Zeit in ein anderes Mitgliedsland der EU zu ziehen und dort eine Arbeit aufzunehmen. So sind Lebensentwürfe möglich geworden, die früher noch undenkbar gewesen wären.

95 Dadurch ist aber auch ein Arbeitsmarkt entstanden, der von Großbritannien bis nach Estland reicht und sich quer durch 28 verschiedene soziale Sicherungssysteme zieht. Dieser Arbeitsmarkt darf aber nicht dazu dienen in Hochverdiener-Ländern die Preise für Arbeitskraft zu drücken, sondern soll allen eine faire Chance bieten ihren individuellen Lebenszielen nachzugehen.

100 Daher fordern wir die Absicherung der Löhne nach unten durch Mindestlohnmechanismen die den jeweiligen Lohnniveaus angepasst sind. Ausbeutung von Menschen aus Ländern in denen die Löhne geringer sind wie im „reichen“ Norden Europas muss um jeden Preis verhindert werden. Langfristig brauchen wir eine

Bundesjugendkonferenz

105 Angleichung aller Löhne nach oben. Dies bedeutet gleiche Mindeststandards, aber für Deutschland auch die
konsequente Bekämpfung der zunehmenden Prekarisierung und des Niedriglohnsektors, welche
insbesondere durch Hartz IV und begleitende Maßnahmen erwirkt wurden. Beides hat die Konkurrenz um
niedrige Lohnstückkosten in Europa verstärkt und ist mitverantwortlich für die Krise in Europa.

110 Zum Erwerbsleben gehört auch das Ende desselben. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass auch
jenen, die in Europa in verschiedenen Ländern arbeiten, ein Einstieg in die Rente mit so wenig Bürokratie
wie erforderlich ermöglicht werden kann.

115 Alle die in einem Land der EU berufstätig geworden sind müssen einen vollen Anspruch auf die
Sozialleistungen in diesem Land erhalten können. Nach dem Prinzip „wer einzahlt, bekommt ausbezahlt“
darf es hier keine Ausnahmen geben.

120 Gerade in Zeiten der Krise des Kapitalismus und die darauffolgende Rezession Ländern in der EU hat dazu
geführt, dass die Menschen verzweifelt auf der Suche nach Arbeit sind und deshalb auch prekäre
Beschäftigungsbedingungen akzeptieren. Dies ist für uns untragbar. Vor allem junge Menschen sind hiervon
betroffen.

125 Daher fordern wir eine Jugendgarantie, die nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern die tatsächlich die
Lebenssituation junger Menschen verbessert. Mit Spitzenarbeitslosenzahlen bei Jugendlichen und jungen
Erwachsenen von über 50% in manchen europäischen Regionen ist hier unverzügliches Handeln angesagt.

Wir möchten, dass allen jungen Menschen die Möglichkeit gegeben wird ins Berufsleben einzusteigen und
sie eine Garantie auf einen Arbeitsplatz oder zumindest eine Weiterbildung schulischer oder universitärer Art
kostenlos erhalten.

130 **Europaweite Anerkennung von Qualifikationen!**

135 Wir setzen uns für Vereinheitlichung der Ausbildungsabschlüsse sowie für gleiche Voraussetzungen für das
Eintreten in die Arbeitswelt in Europa ein. Ein EU-weites Bildungs- und Qualifikationssystem darf das
bestehende Niveau nicht senken und muss regionale Besonderheiten berücksichtigen.

Der europäische Arbeitsmarkt ist durch seine Praxis für viele Menschen schwer zugänglich und eine freie
Berufswahl ist oftmals nicht wirklich möglich.

140 Jedes Land sollte die gleichen Ausbildungsanforderungen haben für die jeweiligen Berufsbilder haben.
Wichtig ist, dass nicht jedes Land ein unabhängigen Berufsabschluss anbietet, der in einem anderen Land,
als nicht vollwertig angesehen wird. Dies umfasst auch die Vereinheitlichung der Schulabschlüsse.

Deshalb fordern wir:

- 145 • Weiterbildungen müssen EU weit anerkannt werden
- Weiterbildungen sollten des Weiteren Kostenlos sein
- Einheitliches Schulsystem Deutschland/ EU weit (Bsp. Bachelor/ Master Studium)
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen (Anerkennung Prüfen als Zwischenschritt)
- Austausch auf EGB-Ebene zum Ausbau des Dualen Systems
- 150 • EU-weite Austauschprogramme während der Ausbildung. Bereits bestehende Programme müssen
weiterfinanziert werden
- Umlagefinanzierung auf Euro-Ebene
- Ein Bildungsorgan in der EU gründen zur Angleichung des Bildungsniveaus

155 Nur so lässt sich ein wirklich soziales Miteinander ermöglichen. Wir brauchen gleiche Rechte um
nebeneinander gleichberechtigt leben zu können. So können wir jungen Menschen eine nachhaltige Zukunft
gewährleisten.

160 **Europa als Handlungsebene anerkennen! Gewerkschaftsarbeit hört nicht an der Landesgrenze auf!**

Als junge Gewerkschafter_innen sind wir in einem Europa ohne Grenzen aufgewachsen. In einem Europa, in dem viel Bewegung herrscht und vieles komplizierter geworden ist.

165 Im modernen Europa sind Unternehmen aktiv, die europäisch Handeln und ihren Aktionsraum als den europäischen begreifen. Dies führt dazu, dass wir als Gewerkschafter_innen auch beginnen müssen europäisch zu handeln und zu denken, um den Arbeitgeber_innen begegnen zu können. Nur national zu handeln führt zu einer immer weiteren Schwächung unserer Handlungsfähigkeit. Dabei ist es nicht damit
170 getan zweimal im Jahr auf Großdemonstrationen nach Brüssel oder Straßburg zu fahren und dort gemeinsam mit Kolleg_innen aus ganz Europa zu demonstrieren. Wir müssen auf Organisationsebene und vor allem dort wo unsere Arbeit stattfinden, in den Betrieben, eine europäische Ebene mitdenken.

Daher fordern wir

- 175
- Start von Prozessen, die eine europäische Arbeitnehmer_innenseite handlungsfähig und sichtbar machen. Nur „Gemeinsam stark“ gilt auch für die Gewerkschaften in der EU
 - Start von Überlegungen, wie man als Gewerkschaft im Interessenskonflikt, trotz der Unterschiede der Gewerkschaftssysteme in den 28 EU-Ländern, gemeinsam Tarifarbeit gestalten kann.

180 **Finanzielle Solidargemeinschaft verwirklichen**

Die umfassenden Rettungsmaßnahmen für die Banken in Europa haben aus der Finanzkrise eine Staatsschuldenkrise gemacht. Auch wenn es eine gemeinsame Währung gibt, hat diese Krise die
185 europäischen Länder ungleich getroffen.

Die Staatsschuldenkrise hat offenbart, dass es in der Konzipierung des Euro als gemeinsame Währung
190 folgenreiche Fehler gab, die nun dringend behoben werden müssen. Aus der Krise können wir lernen, dass die einzige Lösungsmöglichkeit, die nicht Teil der Austeritätsmaßnahmen ist, darin besteht, auch auf dem Gebiet der Währung und der Finanzen eine solidarische Gemeinschaft zu werden.

Daher fordern wir:

- 195
- eine europaweite Finanztransaktionssteuer
 - gemeinsame Eurobonds
 - eine europäische Zentralbank, die nicht allein die Geldwertstabilität verfolgt, sondern auch durch direkte Anleihenkäufe intervenieren kann.

200 Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an den Bundeskongress

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

205 wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 040 Landesbezirksjugendkonferenz Bayern

(Lfd.-Nr. 1133)

Stand: 30.03.2015

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

ver.di setzt sich intensiv mit den anderen europäischen Gewerkschaften dafür ein, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa deutlich zu verringern. Die Europäische Union muss aufgefordert werden, Wirtschaftsprogramme ins Leben zu rufen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Begründung

10 Im EU-Schnitt sind 23,5% der Jugendlichen (unter 25 Jahre) arbeitslos. In Spanien und Griechenland sind die Zahlen sogar noch beängstigender. Jeder/Jede zweiter Jugendliche findet derzeit keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Um diesen negativen Zustand zu verändern, müssen die Gewerkschaften Druck auf die Europäische Union ausüben. Es müssen Wirtschaftsprogramme in Leben gerufen werden, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

15 _____
Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Antrag D 039

20 _____
Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 041 Bundesfachbereichsjugendkonferenz 10

(Lfd.-Nr. 1166)

Stand: 24.03.2015

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

ver.di setzt sich intensiv mit den anderen europäischen Gewerkschaften dafür ein, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa deutlich zu verringern. Die Europäische Union muss aufgefordert werden, Wirtschaftsprogramme ins Leben zu rufen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Begründung

10 Im EU-Schnitt sind 23,5 % der Jugendlichen (unter 25 Jahre) arbeitslos. In Spanien und Griechenland sind die Zahlen sogar noch beängstigender. Jeder/Jede zweite Jugendliche findet derzeit keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Um diesen negativen Zustand zu verändern, müssen die Gewerkschaften Druck auf die Europäische Union ausüben. Es müssen Wirtschaftsprogramme in Leben gerufen werden, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

15 _____
Empfehlung der Antragskommission

Noch keine Empfehlung

20 _____
Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 042 Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz/Saar

(Lfd.-Nr. 1110)

Stand: 30.03.2015

Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

ver.di fordert die Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und des Grenzüberwachungssystems Eurosur, welches mittels Drohnen und Aufklärungsgeräten illegale Einwanderung in EU Mitgliedsländern überwacht. Zudem fordert ver.di aktive Einreisehilfe für Flüchtlinge.

Begründung

Seit 2005 arbeitet die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, kurz FRONTEX. Ihre Aufgaben sind in erster Linie die Koordination von „Grenzschutzoperation“ und Großabschiebungen im europäischen Kontext und die Unterstützung von EU-Mitgliedsländern bei der Überwachung ihrer Grenzen zu Drittstaaten. Dabei kann FRONTEX seit 2007 auch auf die sog. RABITs, Soforteinsatzteams, die von Mitgliedsstaaten in „Notsituationen“ wie dem „Massenzustrom illegaler Einwanderer“ angefordert werden können, zurückgreifen. FRONTEX finanziert sich aus Zuschüssen der EU und Beiträgen der Mitgliedsstaaten, das Budget betrug 2013 ca. 94 Millionen Euro.

Im Rahmen der FRONTEX Einsätze kommt es erwiesenermaßen immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, das musste im Oktober 2013 sogar der Vorsitzende der Agentur bestätigen. Dabei handelt es sich vor allem um sog. „Push Back“ Aktionen, während derer Flüchtlingsboote auf hoher See ohne Einzelfallprüfung angehalten und nach Afrika zurückgeschoben werden, ohne dass die GrenzschutzbeamtInnen dabei Rücksicht auf die teils katastrophale humanitäre Lage auf den Booten nehmen. Auch von an Folter grenzender Misshandlung von Flüchtlingen wird von NGOs berichtet.

Zynischer weise will die EU-Kommission derzeit eine Verordnung durchs Parlament bringen, die FRONTEX die o.g. Push Back Aktionen erlaubt, bei Einzelfallprüfung auf hoher See, sprich ohne jede Rechtssicherheit für die Flüchtlinge.

Kein Zweifel: das Geld, das für FRONTEX jährlich ausgegeben wird, dient vor allem dazu, hilfeschende Menschen davon abzuhalten, die europäischen Außengrenzen zu überschreiten und in Europa Asyl zu beantragen. Ihr Schicksal ist FRONTEX dabei egal. Sinnvoll wäre, FRONTEX aufzulösen und die Millionen in aktive Einreisehilfe für Flüchtlinge zu investieren, wie z.B. in die von Pro Asyl vorgeschlagene Vergabe von Visa für die EU bereits im Transit.

35 Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an Bundeskongress

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

40 wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

D 043 Bundesfachbereichsjugendkonferenz 9

(Lfd.-Nr. 1177)

Stand: 30.03.2015

Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

ver.di fordert die Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und die aktive Einreisehilfe für Flüchtlinge.

5

Begründung

Seit 2005 arbeitet die europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, kurz FRONTEX. Ihre Aufgaben sind in erster Linie die Koordination von "Grenzschutzoperationen" und
10 Großabschiebungen im europäischen Kontext und die Unterstützung von EU-Mitgliedsländern bei der Überwachung ihrer Grenzen zu Drittstaaten. Dabei kann FRONTEX seit 2007 auch auf die sogenannte RABITs, Soforteinsatzteams, die von Mitgliedsstaaten in "Notsituationen" wie dem "Massenzustrom illegaler Einwanderer" angefordert werden können, zurückgreifen. FRONTEX finanziert sich aus Zuschüssen der Europäischen Union und Beiträgen der Mitgliedsstaaten, das Budget betrug 2013 ca. 94 Millionen €.

15

Im Rahmen der FRONTEX-Einsätze kommt es erwiesenermaßen immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, das musste im Oktober 2013 sogar der Vorsitzende der Agentur bestätigen. Dabei handelt es sich vor allem um sogenannte "Push-Back"-Aktionen, während derer Flüchtlingsboote auf hoher See ohne Einzelfallprüfung angehalten und nach Afrika zurückgeschoben werden, ohne dass die
20 Grenzschutzbeamtinnen und Grenzschutzbeamten dabei Rücksicht auf die teils katastrophale humanitäre Lage auf den Booten nehmen. Auch von an Folter grenzender Misshandlung von Flüchtlingen wird von nichtstaatlichen Organisationen berichtet.

Zynischerweise will die EU-Kommission derzeit eine Verordnung durchs Parlament bringen, die FRONTEX die o. g. Push-Back- Aktionen erlaubt, bei Einzelfallprüfung auf hoher See, sprich ohne jede
25 Rechtssicherheit für die Flüchtlinge.

Kein Zweifel: das Geld, das für FRONTEX jährlich ausgegeben wird, dient vor allem dazu, hilfeschuchende Menschen davon abzuhalten, die europäischen Außengrenzen zu überschreiten und in Europa Asyl zu
30 beantragen. Ihr Schicksal ist FRONTEX dabei egal. Sinnvoll wäre, FRONTEX aufzulösen und die Millionen in aktive Einreisehilfe für Flüchtlinge zu investieren, wie zum Beispiel in die von Pro Asyl vorgeschlagene Vergabe von Visa für die Europäische Union bereits im Transit.

35 Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Antrag D 042

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

40

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

Solidarität mit koordinierten europäischen Streikaktionen

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

Sämtliche gewerkschaftlichen Gruppen und Gremien sind angeregt, sich Gedanken darüber zu machen, ob und wie zukünftig stattfindende koordinierte Massenstreiks in den Ländern Europas - wie sie etwa am 14. November 2012 in mehreren europäischen Ländern stattfanden - hierzulande auch mit betrieblichen Aktionen unterstützt und umgesetzt werden können.

Begründung

- Die weltweit die Gesellschaften bestimmende kapitalistische Wirtschaftsweise bringt notwendig und wiederkehrend Verwertungskrisen hervor. Gründe dafür sind unter anderem, dass der Markt nur für zahlungskräftige Bedürfnisse produzieren kann und dass getrennt und in (auch nationaler) Konkurrenz produziert wird, es zu Überproduktion und der Vernichtung von Weiten kommt. Ein Teilergebnis des seit mehreren Jahren vor sich gehenden Krisengeschehens ist die europäische Schuldenkrise. Der "Versuch ihrer Lösung" durch die Regierenden Europas liegt in der radikalen Absenkung des Lebensstandards der von Lohn bzw Sozialleistungen abhängigen Menschen. So steht etwa in Griechenland das Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch: Polikliniken werden geschlossen, die Krankenhausversorgung ausgedünnt, viele Behandlungen nur gegen Barzahlung durchgeführt. Die Säuglingssterblichkeitsrate in Griechenland wuchs in den letzten Jahren um 43 Prozent an [1]. Wiederholt kommt es in den am meisten von der "Eurokrise" betroffenen Ländern zu massenhaften Streiks. Am 14. November 2012 gab es koordinierte Generalstreiks u.a. in Portugal, Spanien, Griechenland und Italien, teilweise wurde auch in Frankreich gestreikt. Für denselben Tag hatte der Europäische Gewerkschaftsbund zu einem Aktionstag aufgerufen, in Deutschland fanden in mehreren Städten Solidaritätskundgebungen statt, zu betrieblichen Aktionen kam es nur vereinzelt[2]. Die deutschen Unternehmen und der deutsche Staat sind bis jetzt "gut durch die Krise gekommen", bisher profitieren sie sogar von der Schwäche ihrer Konkurrenten. Insofern ist es nachvollziehbar, dass es nicht auch in Deutschland zu massenhaften Streiks gekommen ist. Gleichzeitig beruht die deutsche Stärke aber unter anderem auch darauf, dass hier Armutslöhne und die Disziplinierung der Lohn- und Lohnersatzleistungsabhängigen durch die Hartz-Gesetze bereits zu einer Zeit durchgesetzt wurden, als es um die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft in den heutigen europäischen Krisenländern noch deutlich besser bestellt war. Die heutigen dortigen Massenstreiks stossen beispielsweise durch die sehr hohe Arbeitslosigkeit an eine Grenze ihrer Durchsetzungsmacht. Eine Solidarisierung vermittels betrieblicher Aktionen hierzulande wäre kein selbstloser Akt, sondern läge im eigenen Interesse der in Deutschland arbeitenden Menschen.

[1] Quelle: http://www.krone.at/Welt/Athen_Sterblichkeit_bei_Sauglingen_steigt_um_43_Prozent-Folge_des_Sparkurses-Story-394532

[2] So fand eine aktive Mittagspause am Marburger Universitätsklinikum statt.

Bundesjugendkonferenz

50

Empfehlung der Antragskommission

Annahme als Arbeitsmaterial zu Antrag D 039

55

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung